

# Die Stunde der Lobbyisten



Volles Hohes Haus: Klubenquete zum Thema „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“ im Parlament. Foto: Christian Koschar

Kürzlich fand im Parlament eine Klubenquete zum Thema „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“ statt. Politiker, Sozialpartner sowie jede Menge Interessen- und Standesvertreter waren geladen, ihre Ansichten zu brennenden Fragen rund um die Themen Umwelt, Nachhaltigkeit und Wohnraumversorgung kundzutun. Und jeder für sich hatte auch die passende Antwort parat, einzig der Blick aufs Ganze kam zu kurz – ebenso wie die Architektur.

von **Thomas Prlic** und **Tom Cervinka**

**D**ass sich das österreichische Parlament einen halben Tag lang den Themen Bauen und Wohnen widmet, kommt nicht allzu häufig vor. Im Jahr 2004 etwa gab es schon einmal eine großangelegte Enquete, damals ging es um die Themen Architekturpolitik und Baukultur. Aus dem parlamentarischen Diskussionsreigen ging immerhin im Jahr 2006 der erste Baukulturreport hervor, der in Ermangelung finanzieller Unterstützung leider nie gedruckt wurde. Anfang Februar stand im Hohen Haus wieder eine Enquete auf der Tagesordnung, diesmal zum Thema „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“. Doch dieses Mal hatte man auf die Architekten gänzlich vergessen, sie waren ursprünglich gar nicht erst eingeladen und mussten sich bezeichnenderweise selbst nachträglich auf die Rednerliste reklamieren.

Wenige Tage vor der Veranstaltung beschloss die Bundesregierung die Wiederauflage des sogenannten „Sanierungsschecks“, der bereits 2009 erfolgreich zu einer Ankurbelung der Bauwirtschaft beigetragen und rund 700 Millionen Euro Investitionen im Bausektor ausgelöst hatte. In den kommenden vier

Jahren will man über Direktförderungen jährlich hundert Millionen Euro zur thermischen Sanierung älterer Gebäude lockermachen. 70 Prozent davon sollen für private Haushalte verwendet werden, 30 Prozent für Betriebe. Thematisch und zeitlich dazu passend hatten die Parlamentsklubs von SPÖ und ÖVP bzw. die Initiative „Umwelt und Bauen“ zu der Veranstaltung geladen. Hinter dieser „Nachhaltigkeitsinitiative“ stehen unter anderem die Gewerkschaft Bau-Holz, der Fachverband Steinerkeramik und die Bundesinnung Bau, von denen auch allesamt Vertreter als Redner geladen waren. In seinem Einleitungsstatement sprach zunächst Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner davon, dass für einen echten Wirtschaftsaufschwung auch die Bauwirtschaft florieren müsse und dass man mit einer Maßnahme wie dem Sanierungsscheck ja sowohl etwas für die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes als auch für die Baukonjunktur tue. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt war dann auch klar: Natürlich geht es hier um die Umwelt und um das Bauen und das Wohnen und um die Zukunft Österreichs. Vor allem aber geht es um die Bauwirtschaft, die mit rund 275.000 Be- → 2

# Die Stunde der Lobbyisten

Fortsetzung von Seite 1

schäftigten und einem jährlichen Bauproduktionswert von 30 Milliarden Euro zu einem der stärksten Wirtschaftszweige der Republik zählt.

Architektur und Baukultur spielen dabei, wenn überhaupt, dann leider nur eine untergeordnete Rolle. Kein Wunder, sind die Argumente der Baulobby doch wahrlich bestechend: „Eine Milliarde mehr Fördermittel im Wohnbau schaffen 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze am Bau“, wie Finanzstaatssekretär Andreas Schieder betonte – vor allem dann, wenn diese Milliarde in die arbeitskräfteintensive Sanierung des Wohnbaubestandes fließt. Leistbaren, gesunden und ökologisch nachhaltigen Wohnraum definiert Schieder als ein Grundrecht der Menschen. Positiver Nebeneffekt: Niedrige Wohnkosten stärken letztendlich die Kaufkraft und helfen, den zwischenzeitlich angerosteten Konjunkturmotor Konsum wieder stärker anzukurbeln. Der Weg zum leistbaren Wohnraum führt über die Wohnbauförderung, darin stimmen alle Teilnehmer der Enquete überein. „Der Wohnbau ist Krisenstabilisator und Konjunkturmotor in einem“, so auch Schieder. Verständlich ist damit auch seine Forderung, bei zukünftigen Finanzausgleichen die Bundesländer in Bezug auf die Zweckwidmung der Wohnbaufördergelder wieder mehr in die Pflicht zu nehmen: „Wohnbaugelder sind nicht dafür gedacht, Budgetlöcher zu stopfen. Es geht schließlich auch um eine lebenswerte Stadt und ein lebenswertes Wohnumfeld – auch in architektonischer Hinsicht.“ Zumindest am Rande geht es also auch um architektonische Qualitäten.

Dem sonst ging es in erster Linie um die Erhöhung der Sanierungsrate von derzeit lediglich einem auf die vereinbarten drei Prozent im Wohnungsaltbestand, um die Senkung des Gesamtenergieverbrauches, die Umrüstung von veralteten Hei-

Ein Motor, der in den vergangenen zwei Jahren ein wenig ins Stottern geraten ist, wie Margarete Czerny, Bau-Expertin des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), darlegt: „Derzeit ist die Bauwirtschaft keine Stütze des Wirtschaftsaufschwungs.“ Während Czerny für die Gesamtwirtschaft bis 2015 eine jährliche Erhöhung von 2,2 Prozent prognostiziert, liegt der Bau mit nur 1,2 Prozent deutlich unter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und weit hinter den Erwartungen. Auch im internationalen Vergleich liegt Österreichs Bauwirtschaft deutlich hinter der gesamteuropäischen Baukonjunktur zurück. Das österreichische System der Wohnbaufinanzierung mit seinen vier Säulen Wohnbauförderung, Gemeinnützigkeit, Bausparsystem und Wohnbaubanken ist international Vorbild und laut Czerny eindeutig eine Stütze, die Schlimmeres verhindert. „Trotzdem bedarf es einer Optimierung des Systems. Wir brauchen neue Rahmenbedingungen für energiesparende Bauweisen und mehr grüne Jobs. Energie zu sparen ist besser und erfolgsversprechender als Kapital zu sparen“, lautet ihr Resümee.

Vielleicht ist es gerade der schwächelnden Konjunktur zu verdanken, dass die weiteren Redner in der Folge viel Werbung in eigener Sache machen – wie beispielsweise Andrea Dober vom Verband Austria Solar, die etwa mit dem originellen Gedankenspiel aufwartet, dass die Strafzahlungen für das Verfehlen der Kyoto-Ziele besser als Investitionen in die heimischen Betriebe verwendet wären. Mehr Förderungen statt Strafzahlungen also. Vor allem aber dominieren bis zum Ende des offiziellen Rednerblocks eine Vielzahl an Einzelinteressen. Anstatt einer gesamtheitlichen Betrachtung des Themas – die bei einer solchen Veranstaltung ja durchaus Platz am Beginn haben könnte oder sogar sollte – sind die einzelnen Standes- und Interessenver-

## KOMMENTAR

### Gut gemeint

Der Verband der Ziviltechniker- und Ingenieurbetriebe (VZI) bewegt sich dieser Tage auf ungewohntem Terrain. Als Antwort auf den Reputationsverfall heimischer Ausbildungsstätten für technische Berufe, hat man ein 16 Thesen umfassendes Papier verfasst, das nun der Politik vorgelegt wurde. Großer Aufwand wurde im Vorfeld betrieben, um das Papier zu erarbeiten. In Podiumsdiskussionen mit Vertretern von HTL, Fachhochschulen und Universitäten wurde eingehend diskutiert. So der Stand der Dinge. Leider liest sich das Thesenpapier wie ein verträumtes Manifest, deren Verfasser den missständigen Status quo wohl erkennen, aber Lösungsansätze vorschlagen, deren Umsetzung in der Praxis zum Teil jeglichen Realitätsbewusstseins entbehren. So ist beispielsweise der Ruf, Bildung für die Besten von den Besten zu Verfügung zu stellen und damit dennoch keine Elitenbildung forcieren zu wollen, faktisch nicht umsetzbar. Weiters erkennen die Verfasser den Missstand, dass „politische Entscheidungen bzw. Nicht-Entscheidungen den Weg Richtung Massenuniversitäten weisen“, vergessen dabei aber, eigene Ideen zu präsentieren, wie diese strukturell geprägte Problematik zu beheben ist. Klar ist doch: Politiker beschäftigen sich nicht erst seit heute mit etwaigen Lösungsansätzen. Ob ein sicherlich gut gemeintes, aber im Grundtenor bereits mehrfach in anderem Zusammenhang publiziertes und ergo austauschbares Thesenpapier einen neuerlichen Anstoß bringt, das „Ende der Negativspirale des Bildungsangebots“ zu forcieren, muss leider bezweifelt werden.

Dominique Platz

**Bauwirtschaft = wichtiger MOTOR der Wirtschaft**

**Höchste Multiplikatoren**

- Beschäftigung
- Produktion

**Aktuelle Lage der österreichischen Bauwirtschaft**

**Nach Finanz- und Wirtschaftskrise – Bauwirtschaft verhalten**

2009/10: -6% bzw. -4% starker Rückgang der Bauinvestitionen  
 ab 2011: nur leichte Erholung von 0,7% bis knapp 1% bis 2013  
 Jänner 2011: Aktueller WIFO-Konjunkturtest:

- Bauwirtschaft fehlt der Schwung
- Verschlechterung der Auftragslage/Geschäftslage
- Beschäftigung zurückhaltend
- Steigende Preise

**Österreichs Bauwirtschaft bleibt weit hinter Konjunkturerholung in Europa zurück**

Internationaler Vergleich:  
**Reales Bauvolumen Österreich vs. Europa (EC-15)**  
 (Veränderung in % gegen das Vorjahr)

Jahre	Österreich	Euroconstruct (EC-15)
2007	1,6	2,3
2008	1,6	-3,4
2009	-6	-8,8
2010	-4	-3,3
2011	0,7	-0,1
2012	0,4	2
2013	1	2,5

**Positive Effekte durch Neuaufgabe Sanierungsimpulse dennoch nicht ausreichend!**

**SANIERUNGSCHECK**

2009: 100 Mio. Förderung / 700 Mio € Investitionsvolumen / 7.000 Beschäftigte/Einnahmen aus Ust und Lohnsteuer  
 → **doppelt so hoch wie Förderung**

2011: Positive Effekte durch Neuaufgabe **SANIERUNGSCHECK**

100 Mio. Euro jährlich werden nicht ausreichen!

**Anhebung Sanierungsscheck-Förderung auf 300 Mio. EURO**

- rd. 2 Mrd. Investitionsvolumen
- bis 28.000 Beschäftigte

Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG. Anfragen zum Inhalt und zu Nutzungsrechten bitte an den Verlag.

Seite: 3/4

Aktuelle Zahlen zur Bauwirtschaft vom Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Klubenquete: Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen!

zeichnet werden. Immerhin schafften es die Architekturlobbyisten wie Jakob Dunkl, trotz der begrenzten Redezeit noch entsprechende Forderungen zu postulieren: „Kein Fördergeld ohne qualifizierte Planung“, zum Beispiel. Dass in Sachen Sensibilisierung für solche Anliegen noch jede Menge weiterer Enqueten notwendig sind, zeigt allerdings auch ein Statement einer Rednerin im Diskussionsblock. Die nämlich meinte nach Dunkls Forderung für mehr Berücksichtigung der Baukultur sinngemäß, man habe jetzt ja eh schon eine ganze Menge über hübsches Bauen gehört.

#### DATEN UND FAKTEN ZUM SANIERUNGSSCHECK 2009

Mit dem Sanierungsscheck 2009 wurden allein für den privaten Bereich 60,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nach zwölf Wochen waren diese Mittel ausgeschöpft.

Insgesamt 14.393 Projekte wurden eingereicht und insgesamt 483,3 Millionen Euro investiert.

Dadurch wurden 7.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert und 34.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart.



Experten unter sich – nur die Architekten schafften es nicht in die erste Reihe. Foto: Christian Koschar

zungsanlagen oder die Erreichung der Kioto-Ziele, von denen Österreich trotz aller Bemühungen weiter denn je entfernt ist, wie Umweltminister Nikolaus Berlakovich nicht müde wird zu betonen. Zweifellos durchwegs wichtige und brandheiße Themen. Allein durch die Nichterreichung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele im Rahmen des Kioto-Abkommens drohen Österreich Strafzahlungen in Millionenhöhe. Geld, das man weitaus besser investieren könnte: zum Beispiel in die Schaffung von fiskalischen Anreizen wie die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes bei arbeitsintensiven Dienstleistungen oder in die Erweiterung des Sonderausgabenrahmens, wie es die Bundesinnung Bau schon seit Jahren fordert. Hans-Werner Frömmel, Bundesinnungsmeister Bau, sieht darin eine effektive Möglichkeit, unter anderem auch die Investitionen in die Sanierung deutlich zu erhöhen. Das führe mittelfristig zu einer deutlichen Reduktion des Heizenergieverbrauchs, in der Folge zu einer Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und bringt Österreich wieder ein Stück weit näher an die Kioto-Ziele heran. „Geeignete Anreize lösen bis zum Zehnfachen an Investitionen aus. Das sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern schafft zusätzlich neue und knibbelt die (Bau)Konjunktur an“, ist Frömmel überzeugt.

So fordert beispielsweise auch Heimo Scheuch vom Fachverband Steine-Keramik eine Bindung des Primärenergiebedarfs von Gebäuden an die Wohnbauförderung. Gleichzeitig warnt er davor, auf den Neubau zu vergessen. Schon jetzt liegt die Neubaurate weit unter dem Bedarf. Auf augenblicklich 40.000 Neuerichtungen jährlich kommen rund 50.000 Wohnungssuchende. Durch die nominelle Deckelung der Wohnbauförderung wird die Neubaurate in den nächsten Jahren weiterhin sinken, womit ein wichtiger Steuerungsmechanismus für Wohnungsmieten und Beschäftigung zunehmend an Bedeutung verliert. „Beschäftigung schaffen, Wirtschaft ankurbeln, Umwelt erhalten“, definiert Beppo Muchitsch, Gewerkschaft Bau-Holz, die Ziele der Initiative Umwelt und Bauen. „Nur Beschäftigung schafft Wirtschaftswachstum, und die Bauwirtschaft ist ein wesentlicher Motor für die Gesamtwirtschaft“, lautet seine Conclusio.

treter in erster Linie darum bemüht, für sich selbst das Beste herauszuholen.

„Die Architektur kommt zum Schluss, beim Bauen sollte es eigentlich umgekehrt sein“, meint dann auch Jakob Dunkl als Vertreter der Plattform für Architekturpolitik und Baukultur. Zusammen mit einer Reihe an Branchenvertretern wurde den Architekten noch Redezeit im Rahmen des allgemeinen Diskussionsblocks im zweiten Veranstaltungsteil zugestanden. Macht allerdings gerade einmal zwei Minuten pro Beitrag – nicht gerade üppig, wenn man erklären muss, dass es beim Thema Umwelt und Bauen um mehr gehen sollte als um Eckdaten und Kennwerte, die Dicke der Wärmedämmung oder blanke Wirtschaftszahlen. Es hat auch mit Regionalplanung, mit Zersiedelung und Verkehrsinfrastruktur und damit zu tun, wie man seinen täglichen Weg von zu Hause zur Arbeit zurücklegt. Was bringt schließlich das beste Passivhaus auf der grünen Wiese oder die energieeffizienteste Ökosiedlung in Sachen Umweltschutz und Energiesparen, wenn man für deren Erreichung einen neuen Autobahnzubringer bauen muss und die neu zugezogene Familie ein benzinfressendes Zweitauto anschaffen muss. „Wenn wir uns in Österreich bis 2050 zur Gänze mit erneuerbarer Energie versorgen wollen, können wir das nicht durch den Wohntraum aus dem Fernsehen schaffen“, meint etwa auch die Architektin Ursula Schneider zu dem Thema.

Dass in derart prominentem Rahmen einer gesamtheitlichen Betrachtung und einer Disziplin wie der Architektur so wenig Platz eingeräumt wird, darf durchaus als vergebene Chance be-